Morgen-Ausgabe. Nr. 483 Donnerstag, 14. Oktober 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20 durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 49,38 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.) bei Postversand wöchentlich. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Bezug d. Abend- u. Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 4: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 4 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Aus Peiping wird wieder Peking

Das Ende der Kuomintang-Herrschaft in Nordchina

Peiping, 13. Oktober.

Durch eine Entschließung der „Kommission zur Aufrechterhaltung der Ordnung", an deren Spitze General Tschiangkischaotung steht, wird die Stadt Peiping künftig wieder Peking heißen. Damit wird auch äußerlich das Ende der Herrschaft der Kuomintang, der chinesischen demokratisch-nationalen „Reichsvolkspartei", in Nordchina bezeichnet, die hier 1928 an die Macht kam und die Trägerin des Kampfes gegen alle ausländischen Einflüsse war.

Die Kommission zur Aufrechterhaltung der Ordnung wendet sich gleichzeitig an das chinesische Volk und ruft es auf, an die Regierungen Chinas und Japans zu appellieren, die Feindseligkeiten einzustellen, Freundschaft zu schließen und wirtschaftlich zusammenzuarbeiten. Eine Fortsetzung des Kampfes würde nur beide Länder schädigen und zum Untergang Chinas führen, wobei dann die Kommunisten die einzigen Nutznießer sein würden.

Rassische und kulturelle Bande verknüpften Japan und China. Wirtschaftlich seien sie beide abhängig voneinander. Frieden zwischen China und Japan bedeutet Frieden im Fernen Osten und in der ganzen Welt.

Ständiger Vormarsch der Japaner

Nach der Einnahme des Eisenbahnknotenpunktes Schihiatschuang, wo die Eisenbahn von der Peiping—Hankau-Bahn nach Taiyuan, der Hauptstadt der Schansi-Provinz, abzweigt, arbeiteten die Japaner sich stetig gegen das Gebirge vor. Am Dienstagmorgen nahmen die japanischen Truppen den Ort Tschuangtu in der Nähe des Passes, der im Norden von Niangtzekuan das Tor zur Schansi-Provinz bildet, und durch den auch die Bahnlinie Schihiatschuang—Taiyuan führt. Die japanischen Flugzeuge halten die zurückweichenden chinesischen Truppen in dauernder Unruhe. Mehrere Ortschaften an dieser Bahnstrecke und der Peiping—Hankau-Bahn wurden von ihnen bombardiert.

Vertiefung des deutsch-japanischen Abkommens

Tokio, 13. Oktober.

Maßgebende japanische Kreise hielten in Anwesenheit des ehemaligen Außenministers Arita, Admiral Kiyotrane Abo und des ehemaligen Justizministers Ohara eine Konferenz ab, die der Vertiefung des deutsch-japanischen Antikomintern-Abkommens diente.

Es wurde beschlossen, eine Feier zum Jahrestag des Abschlusses des Antikomintern-Abkommens vorzubereiten und zur Förderung der freundschaftlichen deutsch-japanischen Beziehungen und zur Vertiefung des Antikomintern-Abkommens Pressevertreter zu entsenden.

Eckhardt für Restauration der Habsburger in Ungarn

Großer Werbefeldzug der ungarischen Legitimisten - Die Kleinlandwirtepartei sucht Anschluß

Budapest, 13. Oktober.

Auf einer legitimistischen Wahlversammlung gab der Führer der ungarischen Kleinlandwirtepartei, Tibor von Eckhardt, eine Erklärung ab, in der er ein Bekenntnis für die Wiederherstellung der Habsburger-Monarchie ablegte.

Tibor von Eckhardt führte u. a. aus, seine Partei habe stets auf dem Boden der verfassungsmäßigen Monarchie gestanden. Die verfassungsmäßige Monarchie sei in keiner anderen Form als in der Wiederherstellung des St.-Stephan-Reiches vorstellbar. Die Aktualität der Restaurationspolitik sei durch die internationalen Ereignisse in den Vordergrund gerückt worden. Eine österreichisch-ungarische Zusammenarbeit sei nicht nur für die ungarische Nation eine unersetzliche Notwendigkeit, sondern es hänge auch der Friede und die Ruhe Europas davon ab, daß keine Großmachtbestrebungen das europäische Gleichgewicht von heute auf morgen umstürzen. Das Stephan-Reich sei eine europäische Notwendigkeit.

•

Die sensationell klingende Erklärung Tibor v. Eckhardts hat in politischen Kreisen im Grunde keine weitere Ueberraschung hervorgerufen, da bereits seit einiger Zeit bekannt war, daß Tibor v. Eckhardt Anschluß an den Legitimismus und die hinter dem Legitimismus stehenden Kräfte und Gruppen suchte. Allgemein nimmt man an, daß der jetzt von legitimistischer Seite auf der ganzen Linie eingeleitete Kampf für den Restaurationsgedanken zu einer nunmehr schärfer umrissenen Frontenstellung in den grundsätzlichen, innerpolitischen Fragen führen wird, wobei ein offener Bruch zwischen allen national eingestellten Kreisen und Tibor v. Eckhardt und seiner Partei eintritt.

(Unser heutiger Leitartikel aus der Feder unseres über diese Zusammenhänge eingehend unterrichteten, ständigen Mitarbeiters in Budapest geht auf diese Fragen noch näher ein.)

Oesterreichs Kultur „problemlos deutsch"

München, 13. Oktober.

Die mit Beginn der politischen Herbstsaison gesteigerte Versammlungstätigkeit der Legitimisten veranlaßt die „Wiener Neuesten Nachrichten", die Beweggründe dafür zu untersuchen. Das Blatt glaubt, diese zunächst auf den Geltungstrieb der legitimistischen Kreise, zu denen jetzt übrigens in immer stärkerem Maße auch die Juden „stießen, zugleich aber auch auf die Ermunterung durch die ungarischen Legitimisten zurückführen zu können. Der entscheidende Irrtum des österreichischen Legitimismus, fährt das Blatt fort, liege in dem Glauben, das deutsche Volk in Oesterreich für die Rückkehr des alten Herrscherhauses in Oesterreich gewinnen zu können. In seiner überwältigenden Mehrheit stehe es allen Restaurationsbestrebungen kalt und teilnahmslos gegenüber. Die Kultur Oesterreichs sei problemlos deutsch.

Deutsche Bühnenkunst „staatsgefährlich"?

Wien, 13. Oktober.

Eine bemerkenswerte Entscheidung fällte der Bundesgerichtshof für die in Wien beabsichtigte Gründung einer „Deutschen Bühne".

Der Schriftsteller Emil Ritter von Meißner hatte dem Bundeskanzleramt die beabsichtigte Bildung eines Vereins mit dem Namen „Deutsche Bühne" angezeigt, der die Erwerbung und den Betrieb eines Theaters zum Zwecke der Pflege bodenständiger Bühnenkunst bezwecke. Das Bundeskanzleramt hat die Vereinsbildung als staatsgefährlich (!) verboten, weil nach einem Bericht der Polizeidirektion hinter der Gründung der Schriftsteller Hermann Stuppäck stehe, der jahrelanges Mitglied der NSDAP gewesen, wegen illegaler Betätigung auch bereits bestraft worden sei und augenblicklich die Führung des Kulturreferats bei der illegalen Landesleitung der NSDAP innehabe. Der gegen das Verbot des Bundeskanzleramtes eingebrachten Beschwerde hat der Bundesgerichtshof nunmehr stattgegeben mit der Begründung, daß der Bericht der Polizeidirektion keinerlei Tatsachen enthalte, aus denen auf eine Staatsgefährlichkeit des in Gründung befindlichen Vereins geschlossen werden könne.

„Beanstandet", aber nicht entfernt

Prag, 13. Oktober.

Die unglaubliche Schmutzigkeit verschiedener Machwerke in der vom Schulminister eröffneten Ausstellung des Kunstvereins „Manes" scheint sehr wohl in verantwortlichen Kreisen empfunden zu werden. So hat, wie verlautet, der Minister verschiedene Karikaturen, welche ausländische Staatsmänner betreffen, bei seinem Rundgang beanstandet. Daraufhin wurden schließlich zwei der widerlichsten Schmierereien entfernt. Die meisten der Zerrbilder, in denen Deutschland und Italien aufs gemeinste beleidigt werden, sind aber in der Ausstellung belassen (!) worden. Es scheint also für maßgebende tschechische Kreise fragwürdig zu sein, ob man es nur bei einem Versuch einwandfreier Haltung belassen soll oder ob man voll und ganz die hetzerischen Entgleisungen unterbinden will. Es ist jedoch ein grundlegendes Erfordernis wirklicher Kultur, daß man auf der Prager Ausstellung alle Anstößigkeiten entfernt.

Ungarn am Scheidewege

Von unserem ständigen Mitarbeiter in Budapest

Budapest, im Oktober.

Nun endlich beginnen sich in der ungarischen Innenpolitik die Fronten zu klären. Mit der Kundgebung der ungarischen Legitimisten und ihrer jüdischen und liberalistischen Freunde vom letzten Sonntag ist die Scheidung der Geister offenbar geworden. Nun zeichnen sich die beiden Lager immer deutlicher und schärfer voneinander ab: auf der einen Seite die nationalen Kräfte des echten Magyarentums, die ein freies und unabhängiges, von einem Magyaren geführtes Ungarn wollen, und auf der anderen Seite alle jene Kräfte, die schon seit langem in engster Fühlungnahme mit fremden Kreisen und Mächten Otto von Habsburg auf den ungarischen Königsthron bringen wollen, womit sie ganz bestimmte außenpolitische Ziele verfolgen. Konnte man bisher über die Pläne und Zielsetzungen einzelner Gruppen der Opposition noch verschiedener Meinung sein, so hat die Legitimistenkundgebung von Körmend endgültig Klarheit geschaffen. Fanden sich doch hier all die Parteien zusammen, die an sich weltanschaulich durch Abgründe voneinander getrennt sind und die auch in ihren praktischen Forderungen der Tagespolitik nach ganz verschiedenen Zielen streben und streben müssen, die aber einig sind in dem einen Wunsche, die wirklich nationalen, im echten Magyarentum wurzelnden Kräfte nach Möglichkeit zu bekämpfen.

Es war in der Tat eine bunte Gesellschaft, die sich am letzten Sonntag in der westungarischen Stadt Körmend zusammenfand. Vorherrschend waren freilich die Grafen und Barone, wie auch der Legitimistenführer Graf Sigray der Veranstalter dieser Kundgebung war. Zu diesen Magnaten, von denen jeder einzelne über ein kleines Herzogtum an Landbesitz verfügt, gesellte sich Herr Tibor von Eckhardt, der Führer der sogenannten Unabhängigen Kleinlandwirtepartei. Wenn man berücksichtigt, daß diese Partei in erster Linie eine gerechte Bodenverteilung und eine neuzeitlichere Sozialpolitik anstrebt — so steht es wenigstens auf ihrem Programm — so wird der ganze Widersinn dieses neuen Zweckbündnisses sofort klar. Als Dritter im Bunde marschierte schließlich der Führer der Demokratischen Partei, Herr Rassay auf, dessen Anhänger sich in der Hauptsache aus den Reihen der Budapester liberalen Juden rekrutieren und den man heute ohne Uebertreibung als einen der übelsten Hetzer gegen das nationalsozialistische Deutschland bezeichnen kann: bringt doch das von Rassay geleitete Budapester Blatt „Est Kurier" fast täglich die ungeheuerlichsten Angriffe gegen Deutschland. Wenn man noch berücksichtigt, daß an der Kundgebung in Körmend auch noch mehrere klerikale Politiker wie z. B. der Abgeordnete Prälat Ernst teilnahmen, so ergibt sich, daß bei dieser Legitimistenversammlung in der Tat alle die Kreise beisammen waren, die schon längst als entschiedene Gegner einer bewußt nationalen Entwicklung in Ungarn bekannt sind und von denen man anderseits weiß, daß sie keine Gelegenheit vorübergehen lassen, das neue Deutschland zu bekämpfen.

Zwei Punkte verdienen aus den verschiedenen Aeußerungen bei jener Legitimistenkundgebung besonders hervorgehoben zu werden, ein innen- und ein außenpolitischer. So stellte Graf Sigray, der Führer der Legitimisten, die Forderung nach einer Konzentrationsregierung auf, und zwar eigens zu dem Zweck, das jetzt in Vorbereitung befindliche neue Wahlgesetz nach den Wünschen der Opposition gestalten zu können. Darüber hinaus drohte Graf Sigray mit der Schaffung eines einheitlichen Oppositionsblockes, wenn die Regierung auf diese Forderung nach einer Konzentrationsregierung nicht eingehen sollte. Nun, wenn auch nicht anzunehmen ist, daß die jetzige Regierung in Budapest, die nach wie vor bestrebt ist, sich auf die nationalen magyarischen Kräfte zu stützen, ernsthaft daran denken könnte, der Forderung der Opposition stattzugeben, so zeigt doch dieses Verlangen des Grafen Sigray einmal, daß die Opposition entschlossen ist, zum offenen Kampf überzugehen, zum anderen aber, daß sie selber nicht an die Möglichkeit glaubt, auf legalem, demokratischem Wege ihr Ziel erreichen zu können. Und wenn Graf Sigray und ebenso auch Herr Eckhardt von einer besonderen Aktualität der Restaurationsfrage sprach, so erhielten die beiden Politiker schon knapp 24 Stunden später eine deutliche Abfuhr, nämlich als das der Regierung nahestehende Budapester Abendblatt „Esti Ujsag" erklärte: „Wir stellen fest, daß die Regierung und ihre Partei an der These festhalten, daß die Restaurationsfrage nicht aktuell ist und auch nicht aktueller geworden ist, als sie gestern oder vorgestern war. Daher hält die Regierung an ihrer bisherigen Politik fest und ist auch, was die außenpolitischen Beziehungen anlangt, nicht geneigt, von dem bisher beschrittenen Wege abzugehen." Und an anderer Stelle erklärt das genannte Blatt, die Restaurationsfrage berühre doch unzweifelhaft auch die Beziehungen